

Vereinsstatuten des Samurai Karate Klub Bludenz

Die verwendeten personenbezogenen Ausdrücke umfassen Frauen wie Männer gleichermaßen.

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

- (1) Der Verein führt den Namen " **Samurai Karate Klub Bludenz (SKKB)**".
- (2) Er hat seinen Sitz in 6773 Vandans und erstreckt seine Tätigkeit vorwiegend auf das Land Österreich.
- (3) Gerichtsstand ist 6700 Bludenz.
- (4) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.
- (5) Der Verein ist politisch neutral. Er vertritt den Grundsatz rassischer, religiöser und weltanschaulicher Toleranz.
- (6) Der Verein, der auf demokratischer Grundlage und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen aufgebaut ist, verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.
- (7) Der Verein ist Mitglied des "TKVV" und des "ÖTKV".

§ 2: Zweck und Aufgaben des Vereins

- (1) Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt:
 - den Zusammenschluss von Personen, die sich der Förderung, Pflege, Ausübung und Erhaltung des traditionellen Karate widmen
 - die Förderung des Gemeinwohles auf sportlichem Gebiet
 - die Bereicherung des Lebens durch sportliche Veranstaltungen
 - Förderung der körperlichen Ertüchtigung seiner Mitglieder
 - die Ausübung von Karate als Breitensport für alle Altersgruppen
 - die gezielte Förderung von Leistungssportlern innerhalb des Vereins
 - Nachwuchsförderung
 - die Pflege freundschaftlicher Beziehungen unter den Mitgliedern
 - die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden
- (2) Eine gezielte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit soll die in manchen Kreisen vorhandene irrige Vorstellung über den Karatesport im Allgemeinen ausräumen. Sachliche Informationen und praktische Anschauung sollen Vorurteile durch echte Kenntnisse ersetzen.
- (3) Der Verein will Hilfen zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung und Lebensbewältigung geben. Aus diesem Grunde ist er jederzeit bereit, bei der Einrichtung von Neigungsgruppen im Shotokan Karate an Pflichtschulen, Mittleren und Höheren Schulen unterstützend und beratend beizustehen. Der Karatesport soll den Schülern in Übereinstimmung mit den im österreichischen Schul- und Unterrichtsgesetz formulierten Zielen (erzieherischer sowie methodisch - didaktischer Art) vermittelt werden.
- (4) Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke und ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Der Verein darf nur für seine satzungsgemäßen Zwecke Vermögen ansammeln. Ein sich allenfalls ergebender Gewinn ist ausschließlich zur Erfüllung des Vereinszwecks zu verwenden und darf nicht an Mitglieder ausgeschüttet werden. Der Verein darf abgesehen von völlig untergeordneten Nebenzwecken keine anderen als gemeinnützige Zwecke verfolgen.

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

- (1) Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.
- (2) Als ideelle Mittel dienen
 - a) Abhaltung sportlicher Veranstaltungen jeglicher Art, vor allem von Turnieren, Wettbewerben, Meisterschaften, Anfängerkursen, etc.
 - b) Trainingsveranstaltungen, die von einem Trainer geleitet werden
 - c) Schaffung von Voraussetzungen (Halle, Wettkampfstätte, Ausrüstung) für die Ausübung des Vereinszweckes
 - d) Mitwirkung bei sportlichen Anlässen
 - e) Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen im In- und Ausland
 - f) Kontakte und Verbindungen zu Vereinen gleicher Tendenz und Pflege der Kameradschaft
 - g) Versammlungen und Besprechungen zur Koordinierung der Vereinsinteressen
 - h) Herausgabe von Mitteilungsblättern, Vereinszeitschriften etc.
 - i) Vorträge, Versammlungen, Diskussionsabende, Publikationen,
 - j) Veranstaltung zur Werbung von Mitgliedern und gesellige Veranstaltungen jeglicher Art
- (3) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch
 - (a) Mitgliedsbeiträge, Jahresbeiträge und Umlagen der ordentlichen Mitglieder
 - (b) Beiträge der fördernden Mitglieder (Passivmitglieder)
 - (c) Erträge aus geselligen Veranstaltungen und vereinseigenen Unternehmungen
 - (d) Zuteilung aus Sportförderungsbeiträgen
 - (e) Erträge von Kursen und Veranstaltungen
 - (f) Spenden, Subventionen, Sponsoreinnahmen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen
 - (g) Buffetbetrieb (bei Veranstaltungen)

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in aktive, passive und Ehrenmitglieder.
- (2) Aktive Mitglieder sind jene, die aktiv am Vereinsleben teilnehmen bzw. eine Funktion im Verein bekleiden.
- (3) Passive Mitglieder sind solche, die den Verein in jeder möglichen Form fördern und unterstützen.
- (4) Ehrenmitglieder sind Personen, die wegen besonderer Verdienste um den Verein dazu ernannt werden.

§ 5: Mitgliedsbeiträge

- (1) Die Mitgliedsbeiträge für ordentliche und fördernde Mitglieder und ihre Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung festgesetzt.
- (2) Zur Finanzierung besonderer Vorhaben oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten des Vereins können aufgrund eines besonderen Beschlusses der Mitgliederversammlung Umlagen erhoben werden.
- (3) Ehrenmitglieder zahlen keine Beiträge und Umlagen.

§ 6: Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins können alle Personen werden, die sich für den Sport interessieren.
- (2) Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft beim Verein ist je ein schriftlicher Aufnahmeantrag an den Verein und den ÖTKV. Bei beschränkt Geschäftsfähigen, insbesondere Minderjährigen, ist der Antrag auch von dem gesetzlichen Vertreter (Erziehungsberechtigten) zu unterschreiben. Dieser verpflichtet sich dann zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge für den beschränkt Geschäftsfähigen.
- (3) Die Aufnahme erfolgt vorerst provisorisch und erst nach einer mindestens dreimonatigen Trainingszeit regulär.
- (4) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand.
- (5) Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.
- (6) Mit der Bezahlung der einmaligen Beitrittsgebühr erwirbt das ordentliche Mitglied den Mitgliedsausweis. Dieser ist sorgfältig vor Verlust zu bewahren.
- (7) Passivmitglied des Vereins kann jede volljährige Person werden, auch juristische Personen können Passivmitglied sein.
- (8) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstands durch die Mitgliederversammlung.

§ 7: Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, durch freiwilligen Austritt oder durch Ausschluss.
- (2) Wie bei natürlichen Personen durch Tod, so erlischt bei juristischen Personen die Mitgliedschaft durch den Verlust der Rechtspersönlichkeit.
- (3) Der freiwillige Austritt kann nur zum 31.12. erfolgen. Er muss Vorstand mindestens einen Monat vorher schriftlich mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich. Bei beschränkt Geschäftsfähigen, insbesondere bei Minderjährigen, muss die Austrittserklärung auch von den Eltern oder dem gesetzlichen Vertreter unterschrieben werden.
- (4) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz einmaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.
- (5) Bei Austritt hat der Betreffende den Verein den diesem noch schuldenden Mitgliedsbeitrag zu bezahlen. Vorausbezahlte ordentliche Beiträge für das laufende Kalenderjahr werden grundsätzlich nicht rückerstattet.
- (6) Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch verfügt werden, wenn:
 - a) Ein Mitglied schuldhaft in grober Weise die Interessen des Vereines verletzt oder dem Verein in irgendeiner Weise Schaden zufügt.
 - b) Ein Mitglied durch unsportliches und unkameradschaftliches oder durch unehrenhaftes Verhalten inner- oder außerhalb des Vereines Ärgernis hervorruft.Der Beschluss des Vorstandes ist dem Mitglied mit einer kurzen Begründung schriftlich per eingeschriebenen Brief zuzusenden. (Berufung siehe §8.1g)
- (7) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 4 genannten Gründen von der Mitgliederversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

§ 8: Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Rechte:

- a) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Eintrittsgelder für diverse Veranstaltungen sind jedenfalls zu bezahlen.
- b) Das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen nur aktiven Mitgliedern und Ehrenmitgliedern zu, die auch vor dem Gesetz wahlpflichtig sind.
- c) Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausföhlung der Statuten zu verlangen.
- d) Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Mitgliederversammlung verlangen.
- e) Die Mitglieder sind in jeder Mitgliederversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.
- f) Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.
- g) Mitglieder die auf Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen wurden, können gegen den Beschluss Berufung bei der Mitgliederversammlung einlegen. Die Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einzulegen. Der Vorstand hat binnen eines Monats nach fristgemäßer Einlegung der Berufung eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, die abschließend und endgültig über den Ausschluss entscheidet.
- h) Die Rechte aus der Mitgliedschaft ruhen, solange fällige Mitgliedsbeiträge nicht geleistet sind und erlöschen mit dem Ende der Mitgliedschaft.

(2) Pflichten:

- a) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte.
- b) Die Mitgliedschaft verpflichtet zur Beachtung der Vereinsstatuten, des hierzu von Vorstand und dem technischen Komitee (ÖTKV) erstellten Reglements sowie der Satzung des Österreichischen Traditionellen Karate-Verbandes und dessen satzungsgemäß erlassenen Regeln.
- c) Die Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Mitgliedsbeiträge in der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.
- d) Die Mitglieder haben im Rahmen ihrer Betätigung im Verein die von den zuständigen Organen erlassenen Sport- und Hausordnungen zu beachten.

§ 9: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind:

- (1) die Mitgliederversammlung
- (2) der Vorstand
- (3) die Rechnungsprüfer
- (4) das Schiedsgericht.

§ 10: Mitgliederversammlung

- (1) Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet jährlich statt.
- (2) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet binnen vier Wochen statt auf:
 - a) Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung
 - b) schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder
 - c) Verlangen der Rechnungsprüfer
- (3) Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Mitgliederversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich, mittels Telefax oder per e-mail (an die vom Mitglied dem Verein bekannt gegebene Fax-Nummer oder E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Mitgliederversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand oder Rechnungsprüfer.
- (4) Anträge zur Mitgliederversammlung sind mindestens drei Tage vor dem Termin der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich, mittels Telefax oder per e-mail einzureichen.
- (5) Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
- (6) Bei der Mitgliederversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur aktive Mitglieder und Ehrenmitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig.
- (7) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.
- (8) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Mitgliederversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Der Verein kann jedoch nicht aufgelöst werden, wenn noch fünf Mitglieder unbedingt auf seinen Fortbestand beharren.
- (9) Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Obmann, in dessen Verhinderung sein Stellvertreter. Wenn auch dieser verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 11: Aufgaben der Mitgliederversammlung

Der Mitgliederversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a) Beschlussfassung über den Voranschlag
- b) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und Rechnungsabschlusses
- c) Wahl, Bestellung und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer
- d) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein
- e) Entlastung des Vorstands für die abgelaufene Funktionsperiode
- f) Entscheidung über Berufungen gegen Ausschlüsse von der Mitgliedschaft
- g) Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge für ordentliche Mitglieder sowie ev. Notwendiger Umlagen (§ 5/2)
- h) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft
- i) Entscheidung über Berufungen gegen Ausschlüsse von der Mitgliedschaft
- j) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins
- k) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen
- l) Wahl der Stimmzähler
- m) Verlesen und Genehmigung des letzten Protokolls (von der vorhergehenden Mitgliederversammlung)

§ 12: Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus:
 - (a) Obmann
 - (b) Obmann-Stellvertreter
 - (c) Schriftführer
 - (d) Kassier
 - (e) bei Bedarf 1 – 2 Beiräte
- (2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Mitgliederversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes aktive Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen hat.
- (3) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt ein Jahr; auf jeden Fall währt sie bis zur Wahl eines neuen Vorstandes. Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.
- (4) Der Vorstand wird vom Obmann, bei Verhinderung von seinem Stellvertreter, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch dieser auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
- (5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.
- (6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (7) Den Vorsitz führt der Obmann, bei Verhinderung sein Stellvertreter. Ist auch dieser verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.
- (8) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung und Rücktritt.
- (9) Die Mitgliederversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.
- (10) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Mitgliederversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung eines Nachfolgers wirksam.

§ 13: Aufgaben des Vorstands

- (1) Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins.
- (2) Der Vorstand hat den Verein mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Organs im Rahmen dieses Statuts und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung zu führen.
- (3) Zur Regelung der inneren Organisation kann vom Vorstand unter Berücksichtigung dieses Statuts eine Geschäftsordnung beschlossen werden.

(4) In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- für den geregelten Ablauf des Betriebes zu sorgen
- Verwaltung des Vereinsvermögens und Einrichtung eines Rechnungswesens
- Information der Vereinsmitglieder über Vereinstätigkeit, Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss
- Vorbereitung und Einberufung der ordentlichen und außerordentlichen Mitgliederversammlung
- Aufnahme und Ausschluss von Vereinsmitgliedern
- Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins
- Der Vorstand kann bei Bedarf einen Geschäftsführer bestellen. Der Geschäftsführer ist für die Abwicklung der ihm übertragenen laufenden Geschäfte gemäß den Anweisungen des Obmanns verantwortlich. Der Geschäftsführer ist berechtigt, den Verein gemeinsam mit dem Obmann nach außen zu vertreten. Die weitergehenden Details über die Rechte und Pflichten des Geschäftsführers werden ggf. in einer eigenen Geschäftsordnung festgelegt, die vom Vorstand zu beschließen ist.

§ 14: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

- (1) Der Obmann ist der höchste Vereinsfunktionär. Ihm obliegt die Vertretung des Vereins, insbesondere nach außen, gegenüber dritten Personen und Behörden.
- (2) Schriftliche Ausfertigungen und Bekanntmachungen des Vereins, insbesondere den Verein verpflichtende Urkunden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des Obmanns und des Schriftführers, sofern sie jedoch Geldangelegenheiten betreffen des Obmanns und des Kassiers. Alltägliche Schriftstücke ohne grundsätzliche Bedeutung können vom bearbeitenden bzw. veranlassenden Vorstandsmitglied ohne Gegenzeichnung unterfertigt werden.
- (3) Der Obmann führt den Vorsitz in der Mitgliederversammlung und im Vorstand. Bei Gefahr im Verzug ist er berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Mitgliederversammlung oder des Vorstandes fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen. Diese bedürfen jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
- (4) Der Schriftführer hat den Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte zu unterstützen. Ihm obliegt die Führung der Protokolle der Mitgliederversammlung und des Vorstandes. Er besorgt auch die Geschäfte des Vereinsarchivs.
- (5) Der Kassier ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich. Er besorgt das Inkasso der Beiträge und sonstiger Einnahmen und die Auszahlung, sowie deren Verbuchungen. Er führt auch das Mitgliederverzeichnis (Register). Er hat die Bestätigungen über geleistete Mitgliedsbeiträge jeweils vorzunehmen.
- (6) Zwei Beiräte können Kassier und Schriftführer vertreten oder entlasten oder andere Aufgaben wahrnehmen. (Beschluss der Mitgliederversammlung!)
- (7) Bargeldlose Zahlungen (Online-Banking, etc.) bedürfen der mündlichen Zustimmung des Obmanns und des Kassiers und sind spätestens eine Woche nach Tätigkeit von Selbigen zu unterzeichnen.
- (8) Im Fall der Verhinderung tritt an die Stelle des Obmanns der Stellvertreter.

§ 15: Rechnungsprüfer

- (1) Zwei unabhängige und unbefangene Personen werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von einem Jahr als Rechnungsprüfer gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Mitgliederversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
- (2) Den Rechnungsprüfern obliegt die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben der Mitgliederversammlung über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
- (3) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Mitgliederversammlung.
- (4) Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 12 Abs. 8 bis 10 sinngemäß.

§ 16: Delegationen

- (1) Delegationen (Vereinsdelegierte) werden vom Vorstand bestimmt.

§ 17: Reglement zu den Statuten

- (1) Das zu den Statuten erstellte Reglement gilt als ein Bestandteil derselben. Es wird vom Vorstand im Einklang mit den Vorschriften des Technischen Komitees (ÖTKV) erstellt.
- (2) Die jeweils fälligen Gürtelprüfungen sind ausnahmslos nur von vom ÖTKV anerkannten und aufgestellten Prüfern abzunehmen, um Einheitlichkeit und internationale Standard zu gewährleisten.
- (3) Grundsatzfragen, die sportlich-technische Ausbildung betreffend, sind im Zweifelsfalle mit dem Technischen Komitee des Österreichischen Traditionellen Karate-Verband abzuklären
- (4) Der Vorstand kann nach seinem Ermessen eine eigene Person dazu bestimmen, die Verantwortung für den Bereich der sportlich-technischen Ausbildung zu übernehmen.
- (5) Die Trainer und Übungsleiter haben sich an die Anweisung der vom Vorstand aufgestellten Person zu halten.

§ 18: Vereinsvermögen und Haftung

- (1) Weder der Verein noch die Angehörigen seiner Organe haften in irgendeiner Weise für Unfälle oder Verlust von persönlichen Effekten oder Gegenständen während des Trainings, Wettkampfs, bei Demonstrationen etc. Eben sowenig können Partner oder Instrukoren für Unfälle verantwortlich gemacht werden, auch nicht vom Vorstand mit der Aufsicht bei Veranstaltungen betraute Personen.
- (2) Mitglieder, die ausgetreten sind oder die aus dem Verein ausgeschlossen wurden, haben auf das Vereinsvermögen keinen Anspruch.
- (3) Der Verein haftet nur mit seinem Vereinsvermögen.
- (4) Jedes Mitglied haftet dem Verein für seinen statuarischen Beitrag und das ihm übertragene Vereinseigentum.

§ 19: Schiedsgericht

- (1) Das Schiedsgericht entscheidet in allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.
- (2) Das Schiedsgericht setzt sich aus fünf in den Vorstand wählbaren volljährigen Vereinsmitgliedern zusammen und wird derart gebildet, dass jede Streitpartei innerhalb von zwei Wochen nach Übereinkunft über die Befassung des Schiedsgerichtes dem Vorstand je zwei Mitglieder als Schiedsrichter namhaft macht. Diese wählen binnen weiterer zwei Wochen ein weiteres Mitglied zum Vorsitzenden; bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Mitgliederversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.
- (3) Das Schiedsgericht entscheidet bei Anwesenheit aller Mitglieder nach Gewährung beiderseitigen Gehörs mit Stimmenmehrheit. Es hat seine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen zu fällen. Eine Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Für den Verein ist die Entscheidung des Schiedsgerichtes endgültig. Sofern das Verfahren vor dem Schiedsgericht nicht früher beendet ist, steht für die Rechtsstreitigkeiten erst nach Ablauf von sechs Monaten nach Übereinkunft über die Befassung eines Schiedsgerichtes der ordentl. Rechtsweg offen (§ 8 VerG 2002).

§ 20: Freiwillige Auflösung des Vereins

- (1) Die freiwillige Auflösung des Vereines kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
- (2) Die Mitgliederversammlung hat auch – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat.
- (3) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen begünstigten Vereinszwecks ist das nach Abdeckung der Passiva verbleibende Vereinsvermögen, für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke im Sinne der §§ 34 ff Bundesabgabenordnung (BAO) zu verwenden. Soweit möglich und erlaubt, soll es dabei Institutionen zufallen, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie dieser Verein verfolgen.
- (4) Der letzte Vereinsvorstand hat die freiwillige Auflösung binnen vier Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Vereinsbehörde schriftlich anzuzeigen.